

# Föderalregierung: Kommt jetzt die

# Wüste Arizonas?

## Unsere Forderungen an die politischen Verhandlungsführer!

**Die Politiker behaupten, die Sorgen der Bürger zu kennen. Wir haben rund Tausend Bürger interviewt, um die Probleme zu identifizieren, die diese Regierung angehen sollte.**

### **Die Arbeitnehmer streben nach höheren Löhnen**

Nach deutlich höheren Löhnen! Eine Lohnerhöhung hat für drei von vier Bürgern Priorität, mehr als 40 % halten sie für unerlässlich. Andere Umfragen bestätigen die Bedeutung der Kaufkraft. Die Hälfte der Befragten glaubt, dass eine Lohnerhöhung angesichts der finanziellen Situation der Unternehmen möglich ist, aber die Lohnverhandlungen sind derzeit blockiert.

### **4 von 10 Personen klagen häufig über berufsbedingte gesundheitliche Probleme**

Unser Land hat eine wenig schmeichelhafte Bilanz: Es zählt mehr als 500.000 Langzeitkranke. Mehr als die Hälfte der Menschen, die aufgrund von Krankheit oder Unfall längere Zeit zu Hause bleiben, haben das Gefühl, dass die Ursache für ihre Invaldität zumindest teilweise arbeitsbedingt ist. Auch die Arbeitnehmer sind mit einer zunehmenden Zahl von gesundheitlichen Problemen konfrontiert.



**Vier von zehn Erwerbstätigen geben an, dass ihre Arbeit oft ihrer Gesundheit schadet.**

Vier von zehn Erwerbstätigen stellen fest, dass die Arbeit oft einen negativen Effekt auf ihre Gesundheit hat. Dies ist eine weit verbreitete Realität, insbesondere für Frauen, Geringqualifizierte und Geringverdiener.

### **Den Haushalt angleichen... indem man die großen Vermögen dazu bringt, mehr beizutragen!**

Unser Land steuert für 2025 auf ein Haushaltsdefizit von 4,7 % zu. Und das in einer Zeit, in der die Alterung der Bevölkerung, der Klimawandel und der Krieg vor unserer Tür stehen. Bei der Frage nach den Optionen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen befürwortete eine große Mehrheit der Befragten eine jährliche Steuer von mindestens einem Prozent auf Vermögen von über einer Million Euro. Sieben von zehn Befragten

stuften sie als eine der ersten drei Optionen ein, und sechs von zehn Befragten setzten sie an die Spitze.

**.... aber sicher nicht, indem die soziale Sicherheit, die Indexierung oder die öffentlichen, kollektiven und nicht-kommerziellen Dienstleistungen angegriffen werden.**

Während die große Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass die großen Vermögen zu einem besseren Ausgleich der Staatsfinanzen beitragen können, stoßen Drohungen mit drastischen Einschnitten bei der Sozialversicherung, der Indexierung und den öffentlichen Dienstleistungen auf sehr nega-

tive Reaktionen. Gerade einmal einer von fünf Befragten (18 %) würde Kürzungen bei Renten, Krankengeld oder Arbeitslosengeld akzeptieren, um den Staatshaushalt zu verbessern.

Nur eine Minderheit (17 %) ist bereit, zur Sanierung der öffentlichen Finanzen auf die automatische Indexierung von Löhnen, Renten oder Zulagen zu verzichten.

Die Ablehnung von Einsparungen bei öffentlichen Diensten wie der Bahn, dem Busverkehr, der Kinderbetreuung, dem Gesundheitswesen, der Polizei oder der Justiz ist sogar noch ausgeprägter. Nur knapp jeder Achte (13 %) würde dies befürworten.

## Edito

Liebe Leserinnen und Leser,

Nach einer zweimonatigen Pause haben die Verhandlungsführer der Regierung ihre Arbeit wieder aufgenommen. In den kommenden Wochen steht viel auf dem Spiel. Die CSC möchte Sie mit dieser Zeitung auf dem Laufenden halten. Werden wir härter und länger arbeiten müssen? Wird der Lohnstopp fortgesetzt? Werden unsere Mandatsträger den Index manipulieren? Werden die soziale Sicherheit und die öffentlichen Dienste verarmen? Die Auswirkungen auf jeden Einzelnen von uns könnten von großer Bedeutung sein. Die CSC unternimmt alles, um dieser Welle entgegenzuwirken. Sie beginnt damit, Sie zu informieren!

Ann Vermorgen, Präsidentin der CSC  
Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC



# Recht auf ein angemessenes Einkommen mit Arizona?

## Belgien ist das Land, das seine Kaufkraft dank der automatischen Indexierung am besten bewahrt hat.

Während die durch die Energiekrise verursachte beispiellose Inflation in den Jahren 2022 und 2023 fast überall auf der Welt zu einem starken Kaufkraftverlust geführt hat, haben sich die Einkommen in Belgien verbessert. Das geht aus Zahlen hervor, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Sommer 2023 veröffentlicht hat.

Im Durchschnitt lagen die Reallöhne – also die an den Anstieg der Lebenshaltungskosten angepassten Löhne – in den OECD-Ländern im Jahr 2023 um rund 3,8 % niedriger als im Vorjahr. Länder wie Ungarn und Tschechien verzeichneten sogar einen Kaufkraftverlust von mehr als 10 Prozent. Im Gegensatz dazu stieg die Kaufkraft in Belgien im gleichen Zeitraum um 2,9 %, was den größten Zuwachs aller OECD-Länder darstellt. Dieser Anstieg ist deutlich höher als bei seinen engsten Konkurrenten Costa Rica (1,7 %), Israel (0,6 %) und den Niederlanden (0,4 %).

Dies verdanken wir vor allem unserer automatischen Lohnindexierung, die es ermöglicht, die Löhne bei steigenden Lebenshaltungskosten schnell anzupassen, während dies in anderen Ländern einen langsameren und unsicheren Lohnverhandlungsprozess erfordert.

Dies steht im Einklang mit der Tatsache, dass das Wirtschaftswachstum in Belgien besser war als in den Nachbarländern und als im europäischen Durchschnitt. Laut einigen Zahlen der Europäischen Kommission sorgte der Erhalt der Kaufkraft im Jahr 2023 für ein Wachstum von 1,5 %, verglichen mit einem europäischen Durchschnitt von 0,5 %. Die deutsche Wirtschaft ist sogar geschrumpft.

Kurzum, die automatische Indexierung schadet dem Wachstum nicht. Im Gegenteil. ■



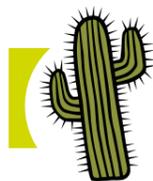
**UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DEN INDEX IMMER NOCH MANIPULIEREN!**

## Ein Anstieg der Lebensmittelpreise aufgrund der Gier der Lebensmittelproduzenten

Während der Energiekrise stiegen unter anderem die Preise für Nudeln und Fritten stärker als nötig, um den Anstieg der Produktionskosten zu decken. Dies ergibt sich aus einer Analyse der Betriebsergebnisse der belgischen Lebensmittelhersteller. Die CSC analysierte die Ergebnisse von 2022 und kam zu dem Schluss, dass die Erzeuger lediglich darauf aus waren, ihre Gewinne zu steigern. Profite wurden vor allem in der verarbeitenden Industrie und im Rohstoffhandel erzielt, wo Spekulationen die Preise in die Höhe schnellen ließen.

Die belgischen Supermärkte haben nicht von der Krise profitiert: Obwohl ihre Einnahmen gestiegen sind, folgten die Kosten proportional. Es waren die großen Lebensmittelkonzerne (jene, die mehr als 200 Mitarbeiter beschäftigen), die zwischen 2021 und 2022 einen enormen Gewinnanstieg verzeichneten.

Vor allem sieben Unternehmen haben den Jackpot geknackt: Clarebout Potatoes, Lutosa, Agristo, Soubry, die Zuckerraffinerie Tienen, Tereos und Cargil. Ihre Gewinne haben sich versechsfacht. Und das, obwohl diese Unternehmen ihre Produktion nicht dramatisch gesteigert haben. Diese Profite wurden nicht verwendet, um die Löhne und Arbeitsbedingungen ihrer Mitarbeiter zu verbessern. Eine Steuer auf Übergewinne würde diese Gier etwas dämpfen. ■



**UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DIE UNTERNEHMENSSTEUER SENKEN!**



## Immer mehr Belgier sind auf zwei Jobs angewiesen, um über die Runden zu kommen

Immer mehr Belgier machen zwei Jobs gleichzeitig. Laut einer Studie des HR-Dienstleistungsunternehmens Acerta, die sich auf Eurostat-Daten stützt, haben 5 % der Belgier zwei Jobs. Das ist ein Viertel mehr als noch vor zehn Jahren. Im Vergleich zu den Nachbarländern steigt diese Zahl auch schneller. Interessanterweise ist die Zahl der Bürger, die zwei Jobs gleichzeitig ausüben, über einen Zeitraum von zehn Jahren um 68 % gestiegen. „Viele Bürger müssen sich nach einem zusätzlichen Einkommen umsehen“, sagt Maarten Gerard, Leiter des Studiendienstes der CSC. „Die Flexi-Job-Regelung begünstigt diesen Trend. Die Zahlen zur Beschäftigungsfähigkeit auf unserem Arbeitsmarkt weisen jedoch bereits auf Probleme mit der Arbeitsbelastung hin. Die Situation wird sich durch die Kumulierung von Arbeitsplätzen nicht verbessern.“ ■



**UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DAS LOHNNORMGESETZ NICHT ANPASSEN!**

# Recht auf Arbeit und Schutz mit Arizona?

Entgegen den Behauptungen der Rechten will die große Mehrheit der Langzeitarbeitslosen einen anständigen Job und kämpft darum, ihn zu finden. Hier einige Zeugenaussagen.

## Sonni, 23 Jahre alt

„Ich suche einen Job im sozialen Bereich oder in der öffentlichen Verwaltung. Während meiner Arbeitssuche erhielt ich vor allem Angebote für Ehrenämter, was ich auch in einem Bürgerbüro gemacht habe. Mehrere Angebote passen zu meinem Profil... aber es wird ein Diplom verlangt. Wenn es jedoch ein Praktikum oder Freiwilligenarbeit ist, dann kann ich den Job machen, weil er kostenlos ist. Aber diese Praktika bezahlen weder die Rechnungen noch die Miete. Dass ich immer noch arbeitslos bin, ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass meine Fähigkeiten und Berufserfahrung nicht anerkannt werden. Ich bin sehr froh, dass ich nicht irgendeinen Job annehmen muss mit dem Risiko, nicht mehr zu meinen Fähigkeiten zurückkehren zu können. Manche Jobs sind entwürdigend und ermöglichen kein angemessenes Leben. Auch bei der Arbeit besteht ein Bedürfnis nach Erfüllung. Der Ausschluss von der Arbeitslosenunterstützung nach einer bestimmten Zeit berücksichtigt all diese Schwierigkeiten nicht. Er ist ungerecht, denn die Menschen versuchen es zu schaffen, aber rutschen in immer prekärere Situationen. Das nützt weder dem Staat noch den Betroffenen.“

## Losseni, 29 Jahre alt

„Ich habe eine sechsmontatige Ausbildung zur sozialen Haushaltshilfe mit einem Praktikum in Pflegeheimen und in der häuslichen Pflege absolviert. Ich bewerbe mich seit einem Jahr mit durchschnittlich drei formellen Bewerbungen pro Woche, ganz zu schweigen von den vielen Telefonaten, die ich führe. Ohne Erfolg.“

Ich hatte viele Vorstellungsgespräche. Mir wird gesagt, ich soll zurückrufen, aber wenn ich es dann tue, ist keine Stelle mehr frei. Genauso verhält es sich mit der Leiharbeit. Ist es mein Flüchtlingsstatus, der ein Hindernis darstellt? Nach meinem Praktikum wurde ich für einen dreimonatigen Vertretungsvertrag eingestellt, der sehr gut lief. Aber auch dort gibt es keine vakante Stelle und ich soll mich später wieder melden.

Man muss aufhören zu sagen, dass Leute gesucht werden und dass Arbeitssuchende nicht arbeiten wollen. Das ist nicht wahr. Vielleicht finde ich keinen Job, weil die Leute mich letztlich nicht einstellen wollen.“ ■



**UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DEN ARBEITSSUCHENDEN IHRE SPÄRLICHEN ZULAGEN STREICHEN!**

# Recht auf eine ausgewogene Karriere mit Arizona?

**Rony (58 Jahre): „Der Zeitkredit ermöglicht es mir, weiter zu arbeiten“**

Vor zehn Jahren hat die Regierung Michel, angeführt von der N-VA und der Open Vld, das Rentenalter angehoben. Die Maßnahme wird am 1. Februar 2025 ihre ersten konkreten Auswirkungen entfalten und das gesetzliche Rentenalter von 65 auf 66 Jahre anheben. Gleichzeitig stieg das Alter für den Zugang zu einem Zeitkredit am Laufbahnende (um 1/2 oder 1/5) im Jahr 2014 auf 60 Jahre. Die N-VA erwägt, alle Formen des Zeitkredits weiter zu reduzieren, und das jetzt, wo viele Arbeitnehmer bereits Schwierigkeiten haben, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen!

Rony arbeitet seit er achtzehn ist. Seit mehr als zwanzig Jahren arbeitet er im Betreuungsservice für Menschen mit eingeschränkter Mobilität am Flughafen Brüssel. „Auf dem Flughafen geht es sehr hektisch zu. In den letzten Jahren lastet die Schwere der Arbeit auf mir: die variablen Fahrpläne, der mangelnde Respekt einiger Passagiere... Ich erhole mich immer langsamer, aber ich liebe meinen Job und möchte mich nützlich machen. Ich könnte nicht mehr Vollzeit arbeiten, und die zusätzliche Ruhe, die mir mein Zeitkredit am Laufbahnende bietet – ich arbeite vier Fünftel – ermöglicht es mir, weiterzuarbeiten. Ich verdiene weniger als vorher, aber zum Glück bekomme ich eine kleine Zulage. Ohne diese Zulage wäre es nicht machbar.“ ■



© Bart Dewaele

**500.000 Langzeitkranke: Mehr Bedarf an nachhaltiger Arbeit!**

Derzeit gibt es in unserem Land 500.000 Langzeitkranke. Die christlichen Krankenkassen haben eine Studie zur Verbesserung des Wohlbefindens von Arbeitnehmern am Ende ihrer Laufbahn durchgeführt. Mehr als 85 % der Befragten können sich nicht vorstellen, bis zum Alter von 67 Jahren zu arbeiten. Im Durchschnitt sehen sie sich bis zum Alter von 62 Jahren arbeiten. Die Ergebnisse zeigen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen sinnvollen Job benötigen, dass sie für ihre Arbeit anerkannt werden wollen und dass sich ein gutes Verhältnis zu ihren Vorgesetzten und Kollegen sowie Anpassungen von Raum, Zeit und Arbeitsmitteln positiv auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und den Wunsch auswirken, bis zur Rente zu arbeiten. „Die Arbeitnehmer, die früher ein System wie den Zeitkredit am Ende ihrer Karriere genutzt haben, werden jetzt in die Langzeitkrankheit gedrängt, weil sie geistig und körperlich erschöpft sind“, sagt Maarten Hermans, CSC-Experte für Wohlbefinden am Arbeitsplatz. „Es ist daher dringend notwendig, die Arbeit nachhaltiger zu gestalten. Eine fünfte Woche Urlaub könnte viel bewirken.“ ■



**UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER, DASS SIE NOCH HÄRTER UND LÄNGER ARBEITEN!**

**UND DOCH BEABSICHTIGT DER REGIERUNGSBILDNER, DIE ZEITKREDITE ZU REDUZIEREN!**



## Obwohl alle sie abschaffen möchten, will De Wever sie einführen: die „Null-Stunden“-Verträge.

Die Note des Regierungsbilders Bart De Wever (N-VA) öffnet die Tür zu „Null-Stunden“-Verträgen auf dem Arbeitsmarkt. Er plädiert für die „Abschaffung der Mindestarbeitszeit“ und für Verträge auf Abruf, ohne vorgegebene Arbeitszeiten. Null-Stunden-Verträge bieten keine Garantie für eine feste Anzahl von Arbeitsstunden. Die Arbeitnehmer können auf diese Weise „auf Abruf“ mobilisiert werden: Sie können nur dann arbeiten und einen Lohn erhalten, wenn der Arbeitgeber es für angebracht hält, sie anzurufen. Diese Absicht steht in völligem Widerspruch zu den europäischen Arbeitsrichtlinien, die ausdrücklich vor der Einführung von „Null-Stunden“-Verträgen warnen, weil „sie das allgemeine Schutzniveau für Arbeitnehmer verringern“. In Ländern wie dem Vereinigten Königreich oder den Niederlanden gibt es diese Verträge bereits, aber die Niederlande möchten sie abschaffen, gerade weil Arbeitnehmer mit „Null-Stunden-Verträgen“ auf dem Arbeitsmarkt zu den instabilsten und unsichersten gehören. ■

## Die Vorsitzenden der Arizona-Parteien sind nicht frauenfreundlich!

### Die Frauen zahlen einen hohen Preis dafür!

Die Absichten von Bart De Wever dürften einen starken Einfluss auf die Geldbörsen von Frauen haben. Seine Note sieht verschiedene Maßnahmen oder Anpassungen bestehender Regelungen vor, die in der Praxis vor allem Frauen betreffen werden. Obschon die vorgeschlagenen Interventionen neutral erscheinen mögen, ist es tatsächlich viel wahrscheinlicher, dass sie Frauen betreffen.



© Belga Image

### Was haben die Frauen zu verlieren?

**\* ABSCHAFFUNG DES EHEKOEFFIZIENTEN: - 5.680 EURO PRO JAHR**

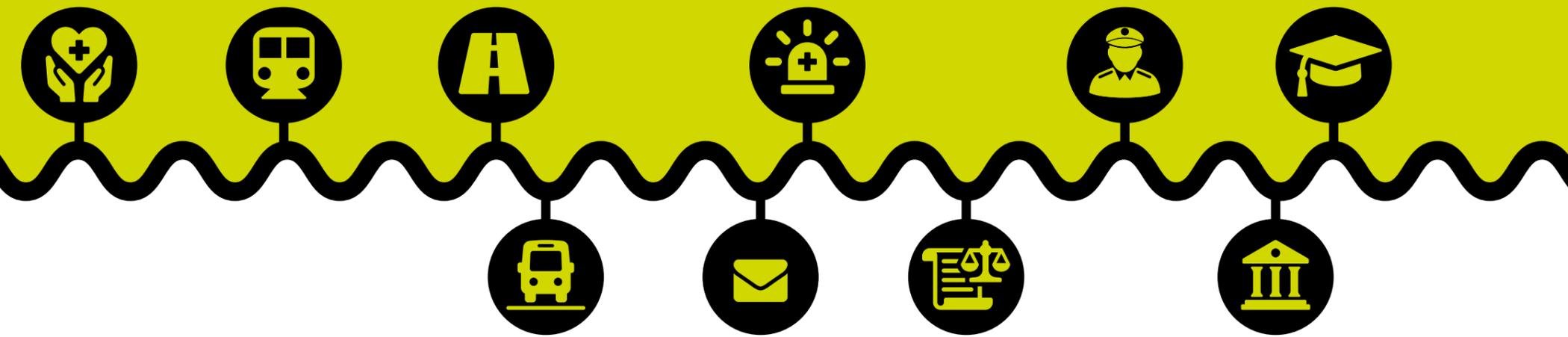
Yves und Catherine sind beide 54 Jahre alt und haben zwei Kinder. Vor einiger Zeit beschloss Catherine, zu Hause zu bleiben, um sich um die Familie zu kümmern. Yves verdient 4.000 Euro brutto. Wenn die Note von Bart De Wever umgesetzt wird, müssen Yves und Catherine 5.680 Euro an zusätzlichen Steuern zahlen. Heute wird bei der Steuerberechnung ein Teil des Einkommens des Partners künstlich der Person zugewiesen, die weniger verdient. Die Steuern sind somit für Ehepaare oder Lebensgefährten, die sich in dieser Situation befinden, niedriger.

**\* ABSCHAFFUNG DES ZEITKREDITS AM LAUFBAHNENDE: - 466,57 EURO NETTO PRO MONAT**

Die Zunahme der Anzahl langzeitkranker Frauen wird erhebliche Auswirkungen haben. Fast sechs von zehn Langzeitkranken sind Frauen, und die möglichen Ursachen sind in den vielen Beschwerden aus „typisch“ weiblichen Bereichen, wie Pflege oder Dienstleistungsschecks, zu finden. Aus einer Studie geht hervor, dass drei Viertel von ihnen unter physischen oder psychischen Problemen leiden, die mit ihrer Arbeit zusammenhängen, und dass sie nicht die Möglichkeit eines Zeitkredits am Laufbahnende haben. Nehmen wir das Beispiel von Céline, die als Haushaltshilfe halbe Zeit im Rahmen eines Zeitkredits am Laufbahnende arbeitet, um ihre Arbeit erträglich zu machen. Wenn ihr Zeitkredit am Laufbahnende gestrichen wird und ihre Symptome „nicht schwerwiegend genug“ sind, um als Vollinvalide anerkannt zu werden, verliert sie 466,57 Euro netto pro Monat. Auch ihre Rente wird geringer ausfallen: 251,30 Euro brutto weniger pro Monat.

**\* AUSBAU VON ÜBERSTUNDEN UND NACHTARBEIT: - 160 EURO BRUTTO AN RENTE**

Italo und Jessica arbeiten beide 38 Stunden pro Woche, aber da sie keine geeignete Lösung für die Betreuung ihrer Kinder finden, beschließt Jessica, ihre Arbeitszeit auf 31 Stunden pro Woche zu reduzieren. Um diesen Einkommensverlust auszugleichen, beschließt Italo, jede Woche Überstunden zu machen. Er arbeitet also 45 Stunden pro Woche. Er verdient 284 Euro netto mehr im Jahr, im Durchschnitt kaum 24 Euro mehr im Monat. Die Folgen werden sich erst später bemerkbar machen, denn wenn das Paar dieses System 20 Jahre lang beibehält, verliert Jessica 160 Euro brutto an Rente. ■



## Täglich nutzen wir öffentliche, kollektive und nicht-kommerzielle Dienste. Sabotiert sie nicht mit Sparmaßnahmen, sondern stärkt sie!

Jede und jeder von uns nimmt täglich den einen oder anderen öffentlichen, kollektiven und nicht-kommerziellen Dienst in Anspruch, oft ohne darüber nachzudenken. Um die Qualität dieser Dienstleistungen zu erhalten, wird natürlich Geld benötigt. Wir müssen in Personal und Infrastruktur investieren. Ist das wegen der Löcher in den Staatskassen unmöglich? Auf keinen Fall! Heute beraubt sich der Staat (freiwillig?) vieler Einnahmen. Hier muss nach Einnahmequellen gesucht werden, Herr De Wever!



€ 3 Milliarden

### Beugen Sie Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSK) vor!

Diese häufig durch die Arbeit verursachten MSK sind ein großes Problem und sehr teuer. Etwa zweieinhalb Millionen Belgier leiden darunter. 150.000 von ihnen sind deshalb langzeitkrank. Durch eine bessere Prävention am Arbeitsplatz könnten bis zu 3 Mrd. Euro an direkten medizinischen Kosten eingespart werden.



€ 1,75 Milliarden

### Zahlen Sie nur Zuschüsse an Unternehmen aus, wenn sie sinnvoll sind!

Im Vergleich zu seinen Nachbarn gibt Belgien von seinem Bruttoinlandsprodukt zwei Prozent mehr aus für wirtschaftliche Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen. Berichte zeigen jedoch, dass nicht jeder ausgegebene Euro notwendigerweise zur Steigerung der Produktivität oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt. Während ein Teil der Subventionen sinnvoll eingesetzt wird, werden immer mehr Subventionen nur dazu verwendet, die Gewinne der Unternehmen zu steigern.



€ 560 Millionen

### Beenden Sie Aktienoptionen für die bestbezahlten Mitarbeiter!

Eine kleine Gruppe privilegierter Arbeitnehmer hat die Möglichkeit, die Aktien des Arbeitgebers als Teilvergütung zu kaufen. Mehr als die Hälfte dieser Arbeitnehmer verdient rund 100.000 Euro pro Jahr. Sie können also neben ihrem komfortablen Gehalt Börsenprodukte erwerben, ohne Steuern und Beiträge zu zahlen, und diese Aktien dann schnell mit Gewinn verkaufen.



**UND DOCH WILL DER REGIERUNGSBILDNER DIE ÖFFENTLICHEN DIENSTE ABBAUEN, UM DIE REICHSTEN ZU VERSCHONEN!**



€ 4,78 Milliarden

### Machen Sie elektronische Rechnungen für Unternehmen zur Pflicht!

Bei der Rechnungsverarbeitung entsteht in unserem Land immer noch ein erheblicher Papierkram, insbesondere in Unternehmen. Diese manuelle Arbeit ist besonders anfällig für Betrug und Fehler. Die öffentliche Hand könnte die Unternehmen jedoch leicht dazu zwingen, Rechnungen elektronisch zu erstellen und zu verarbeiten. Diese Maßnahme würde rund 5 Milliarden Euro einbringen.



€ 5 Milliarden

### Führen Sie eine Vermögenssteuer ein!

Eine Vermögenssteuer ist eine Steuerabgabe, die auf das Vermögen selbst erhoben wird. Eine solche Besteuerung würde jährliche Einnahmen von mindestens 5 Mrd. Euro generieren.



€ 1 Milliarde

### Lassen Sie Selbstständige einen fairen Beitrag zu ihrer Rente leisten!!

Seit 2021 ist die Berechnung der Rente für Arbeitnehmer und Selbstständige gleichgestellt. Die Beiträge der Selbstständigen an die Pensionskasse haben jedoch nicht mit dem Anstieg ihrer Renten Schritt gehalten. Langfristig sprechen wir von einem Loch von fast einer Milliarde Euro in den Haushalten. ■

## Und was ist mit den Industriearbeitern und ihren Sorgen? Ein ohrenbetäubendes politisches Schweigen.

**JAMAL**

**SEIT 25 JAHREN ARBEITER BEI AUDI**

„Hier haben wir viel erlebt. Ich habe die Volkswagen-Zeit miterlebt und lasse einen Teil meines Lebens hier. Aber wir lassen uns nicht einer nach dem anderen kleinkriegen. Ich möchte nicht warten, bis ich an der Reihe bin, oder sehen, wie meine Kollegen im Oktober oder Mai nächsten Jahres gehen.“ ■

© DAVID MORELLI



© DAVID MORELLI

**BOUKER CSC-DELEGIERTER BEI CLEANING**

**MASTER, EINEM AUDI-SUBUNTERNEHMER**

„Audi ist nicht offiziell unser Unternehmen, aber wie alle Subunternehmen haben wir das Gefühl, dazuzugehören. Wir betrachten die Audi-Mitarbeiter als Kollegen. Dies gilt auch für die Kollegen, die für die Sicherheit, das Catering usw. zuständig sind. Wir leiden noch härter als die Audi-Arbeiter, weil wir nicht gesehen werden. Wir sind der Staub auf dem Boden. Niemand sieht uns. Alle Gewerkschaftsverbände aller Couleur, die auf der Baustelle arbeiten, müssen ihre Kräfte bündeln und auch die Forderungen der Subunternehmer vertreten. Solidarität muss auf höchstem Niveau stattfinden.“ ■

**DIE INDUSTRIE MACHT EINE SCHWIERIGE ZEIT DURCH, UND DIESE SITUATION WIRD NICHT EINMAL IN DER SUPERNOTE ERWÄHNT!**

